

«Bin ich nicht ein Mensch und ein Bruder»

Vor zweihundert Jahren erreichte eine zivilgesellschaftliche Protestbewegung erstmals ein Verbot des Sklavenhandels

Von Stefan Howald

Im britischen Oberhaus stemmten sich Plantagenbesitzer aus den Westindischen Kolonien gegen das Gesetz, unterlagen aber mit 100 zu 35 Stimmen. Im Unterhaus war die Sache seit einigen Jahren klar, und die Vorlage von William Wilberforce wurde mit 283 zu 16 Stimmen überwältigend angenommen. Am 25. März 1807, vor 200 Jahren, gab König Georg III. seine Zustimmung: Der Sklavenhandel wurde im ganzen britischen Empire verboten.

Mindestens 7 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner waren bis dahin im transatlantischen Handel verschleppt und in der Karibik sowie in Latein- und Nordamerika versklavt worden. Weitere Millionen hatten den Transport nicht überlebt. Anfang des 18. Jahrhunderts hatte England Spanien und Portugal als führende Sklavenhandelsnation abgelöst und am meisten vom Dreieckshandel profitiert: Mit englischen Waren – Stoffe, Kupfer- und Glaswaren – wurden in Afrika Sklaven gekauft, über den Atlantik geschifft, dort auf Plantagen zur Gewinnung von Rohmaterialien – Zucker, Kaffee, Baumwolle, Kakao – ausgebeutet, die in England weiter verarbeitet wurden. Die industrielle Revolution wurde durch die Sklavenarbeit angeschoben. In den 1780er Jahren erreichte der englische Sklavenhandel den Höhepunkt. Zum gleichen Zeitpunkt wurden heftige Kampagnen gegen die Sklaverei geführt. Noch früher hatten sich Sklaven selber erhoben.

Blick zurück nach vorn

1765 suchte ein misshandelter Sklave Zuflucht beim Londoner Arzt William Sharp und dessen Bruder Granville. Als ihn sein ehemaliger Besitzer erneut verschleppen wollte, klagte Granville Sharp den Plantagenbesitzer wegen Freiheitsberaubung ein. Ein Richter gab ihm Recht, ohne sich grundsätzlich zur Sklaverei zu äussern. Sharp aber hatte seine Berufung gefunden. Als Quäker fand er es stossend, dass Menschen als Ware behandelt wurden, und als patriotischer Engländer schien ihm das angelsächsische common law die Freiheit jedes Menschen zu garantieren. Anderswo mochte man barbarischerweise Sklaven halten, aber «in

England kann niemand Sklave sein, weil ihn die Luft, die er hier atmet, zum freien Mann macht». 1772 erreichte Sharp im Fall von James Somerset ein Urteil, das, bei grosszügiger Auslegung, als Verbot der Sklaverei in England interpretiert werden konnte.

Damit war noch nicht viel gewonnen. Denn die Sklaverei wütete vor allem auf der andern Seite des Ozeans.

Verkehrte Fronten

Und zwar in zweierlei Hinsicht. Da war die brutale Plantagenwirtschaft in Lateinamerika, in der Karibik und in den südlichen Staaten Nordamerikas. Doch auch die weissen Siedler Nordamerikas fühlten sich durch das Mutterland versklavt. 1775 eskalierte der Konflikt zum Unabhängigkeitskrieg. Dabei verkehrten sich die Fronten von Unterdrückung und Befreiung. Für die schwarzen Sklaven in den Südstaaten mussten die flammenden Freiheitsappelle der weissen Rebellen wie Hohn klingen. Denn die amerikanischen Patrioten, die sich von der britischen Krone emanzipieren wollten, dachten nicht daran, ihre Sklaven freizulassen. Umgekehrt proklamierte der britische Kommandant in Virginia, Lord Dunmore, am 7. November 1775, dass Sklaven, die zu den britischen Truppen überliefen, die Freiheit erhalten würden. Die Proklamation erfolgte, um Soldaten zu rekrutieren, und dennoch: Damit verpflichtete sich erstmals eine weisse Regierungsbehörde zur Sklavenemanzipation.

Tausende von Sklaven flüchteten während des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs zu den Briten. Schwarze Regimenter entstanden, zuerst unter weissen Offizieren, allmählich unter schwarzem Kommando. Die Welt begann, Kopf zu stehen. Ein ehemaliger Sklave berichtete, wie er nach abenteuerlicher Flucht die von den Briten gehaltene Staten Island erreichte: «Der Offizier, nachdem er sich meine Geschichte angehört hatte, händigte mir einen Passierschein aus, und ich ging nach New York.» Einen *namentlichen Passierschein* für jemanden, der kurz zuvor noch als Stück Fleisch behandelt worden war. Aus dem anonymen Dunkel von Versklavung, Elend und Tod tauchten schwarze Führer wie Sergeant Thomas Peters auf. Doch bei den Friedensverhandlungen zwischen der britischen Krone und den siegreichen amerikanischen Freiheitskämpfern wurde 1783 in Paris unter dem Druck der Sklavenhalter im Süden ein Passus angenommen, der das Eigentumsrecht an Sklaven bestätigte.

Deshalb schifften sich 20'000 Schwarze mit den flüchtenden weissen Loyalisten nach Nova Scotia in Kanada ein. Aber die meisten schwarzen Loyalisten bezahlten die britische Niederlage doppelt: Viele wurden eingefangen und erneut versklavt, und in den neuen Ansiedlungen in Kanada waren sie zwar keine Sklaven mehr, standen trotzdem auf der untersten sozialen Stufe.

Petitionen und Boykotte

Gleichzeitig waren in England die Gegner der Sklaverei nicht untätig geblieben. John Wesley, der methodistische Erweckungsprediger, hatte die Sklaverei als unchristlich denunziert. Olaudah Equiano, ein ehemaliger Sklave, wurde als unerschrockener Advokat für die Schwarzen berühmt. Anfang 1783 erregte der schreckliche Fall des Sklavenschiffs Zong Aufsehen, dessen Kapitän während eines Sturms Sklaven hatte lebendig über Bord werfen lassen und dafür unverfroren Schadenersatz verlangte. Granville Sharp gründete 1787 mit elf Gleichgesinnten in London die «Gesellschaft zur Abschaffung des Sklavenhandels».

Thomas Clarkson wurde zum Organisator der Bewegung. Er legte 55'000 Kilometer durchs ganze Land zurück, hielt Hunderte von Reden. Ständig führte er Folterinstrumente von Sklavenschiffen mit sich, die er zu abschreckendem Effekt präsentierte. Die Bewegung wurde von Nonkonformisten wie Quäkern und Methodisten getragen, schaffte aber auch Verbindungen zur anglikanischen Staatskirche. So wurde William Wilberforce zum offiziellen Sprecher, der seit 1780 im britischen Unterhaus sass.

1787 scheiterte Wilberforce im Parlament mit einer ersten Gesetzesvorlage zum Verbot des Sklavenhandels. Deshalb setzte die Abolitions-Bewegung moderne Kommunikationsmittel ein, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Der Sonderdruck eines Sklavenschiffs zeigte anschaulich, was man bislang nur hatte lesen können, Hunderte von Sklaven, zusammengepfercht, wie irgendeine Ware, die sie ja auch waren. Allein in London wurden 8000 Exemplare des Posters gedruckt und im Nu vertrieben. Dazu liess der berühmte Porzellanfabrikant Josiah Wedgwood ein Medaillon entwerfen: Ein schwarzer Mann, der seine Hände, in Ketten, flehentlich hebt und fragt: «Bin ich nicht ein Mensch und ein Bruder». Als Briefsiegel und in vielfachen andern Formen wurde das Bild zum Logo der Bewegung. Deren Petitionen wurden zuweilen von einer halben Million Leuten unterschrieben.

Als 1791 eine weitere Parlamentsabstimmung verloren ging, schlug Granville Sharp spontan einen Boykott karibischen Zuckers vor. In der Folge engagierten sich viele Frauen in der Bewegung und propagierten Ersatzstoffe wie Honig. Leere Zuckerdosen mit dem flehenden Bruder dominierten Salongesellschaften in den meisten englischen Städten.

Politisch kam man hingegen nicht voran. Seit 1792 reichte Wilberforce jährlich einen Gesetzesvorschlag ein, der mit abnehmenden Mehrheiten abgelehnt wurde. Ab 1798, mit dem zweiten Krieg gegen Frankreich, wurden die Abolitionisten als Jakobiner und 5. Kolonne des Kriegsgegners verleumdet. Wilberforce ergriff erst wieder 1804 die Initiative und brachte im Unterhaus endlich ein Verbot des Sklavenhandels durch. Nochmals konnte das Oberhaus die Verabschiedung blockieren, doch im Februar 1807 vermochten sich auch die Lords nicht länger zu sträuben: 20 Jahre nach dem ersten Gesetzesantrag war die «Gesellschaft zur Abschaffung des Sklavenhandels» erfolgreich.

So hatte die Moralpolitik über die blutige Interessens- und Realpolitik triumphiert.

Revolutionen

Für den Erfolg war sie allerdings nicht allein verantwortlich. Die versklavten Afrikanerinnen und Afrikaner hatten sich seit Jahrzehnten gewehrt, durch Flucht und Revolten, auch durch Aufstände, etwa 1736 in Antigua oder 1760 in Jamaika. Als die französische Revolution die Menschenrechte proklamierte, wurden in der französischen Karibik neue Hoffnungen geweckt. 1791 erhoben sich die Sklaven unter Toussaint Louverture auf Saint-Domingue (heute Haiti), worauf das revolutionäre Frankreich 1794 die Sklaverei abschaffte. Die britische Regierung witterte eine Chance und marschierte in Haiti ein. Vier Jahre lang, während in England die Abolitionisten gegen den Sklavenhandel agitierten, wurden in Haiti die schwarzen Aufständischen bekämpft. Dann zogen die Besetzer geschlagen ab. 1801 machte Napoleon die Sklavenbefreiung rückgängig und schickte eine Invasionsarmee nach Haiti. Toussaint Louverture wurde in einen Hinterhalt gelockt, nach Frankreich verschleppt und starb 1803 im Fort de Joux nahe der Schweizer Grenze. Doch die Aufständischen setzten den Widerstand unter Jean-Jacques Dessalines und Henri Christophe fort; 1804 mussten auch die Franzosen geschlagen abziehen, während die erste freie Republik Haiti ausgerufen wurde.

Die Revolten der Schwarzen wirkten auf die weisse Abolitionisten-Bewegung zurück. Insbesondere die französische Niederlage in Haiti 1804 ermutigte die englischen Sklavengegner. Das Argument, man arbeite mit dem Verbot des Sklavenhandels dem französischen Kriegsgegner in die Hände, verfiel nicht mehr. So kam es zum historischen Verbot.

Dafür sprachen auch ökonomische Gründe. Die Sklavenplantagen hatten riesige Profite eingebracht, solange sie ein Monopol besaßen, aber in Konkurrenz mit der sich entwickelnden Lohnarbeit wirtschafteten sie nicht rentabel. Die englische Industrie hatte sich neue Absatzmärkte erschlossen. Es lohnte nicht mehr, den Sklavenhandel aufrechtzuerhalten, da sich die politischen und gesellschaftlichen Widerstände als zu kostspielig erwiesen.

Blick nach vorn zurück

Die Sklaverei war damit nicht aus der Welt geschafft. Zwar patrouillierte die britische Marine die Weltmeere und brachte fremde Sklavenschiffe auf, doch der Sklavenhandel fand zahlreiche Schlupflöcher. Im 19. Jahrhundert wurden mindestens weitere 3 Millionen Menschen über den Atlantik verschleppt. Selbst die englische Wirtschaft profitierte noch immer von der Sklavenarbeit in der Karibik. In den USA nahm die Zahl der Sklaven weiter zu. Erst 1833 wurde die Sklaverei im britischen Empire endgültig aufgehoben. Anderswo dauerte es noch länger. In den französischen Kolonien erfolgte die, zweite, Sklavenbefreiung 1848, in den USA nach dem Sezessionskrieg 1865, in der ehemaligen spanischen Kolonie Kuba 1886 und im portugiesischen Brasilien sogar erst 1888.

Obwohl offiziell geächtet, existiert Sklaverei auch heute noch. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass gegenwärtig mindestens 12 Millionen Menschen in Zwangsarbeit versklavt sind. Besonders betroffen sind Frauen als Sexsklavinnen. «Anti-Slavery International», Nachfolgerin der ursprünglichen «Society for Effecting the Abolition of the Slave Trade», ruft deshalb zu verstärkten Anstrengungen auf (www.antislavery.org).

In London ist des 200. Jahrestags mit einem «walk of witness» unter Führung des Erzbischofs von Canterbury gedacht worden. Premierminister Tony Blair hat letztes Jahr sein «tiefes Bedauern» über die Rolle Englands beim Sklavenhandel ausgedrückt. Aktivisten fordern allerdings gezielte Wiedergutmachungen für die Sklaverei, die auch nach der offiziellen

Beendigung die Gesellschaften vieler Länder verheerte. Haiti, die erste freie Republik ehemaliger Sklaven, war zu massiven Reparationszahlungen an Frankreich verpflichtet worden, die jede eigenständige Entwicklung behinderten. In Südafrika wurden mit der Apartheid 1948 wieder sklavereiähnliche Zustände eingeführt. Zivilgesellschaftliche Organisationen rechnen deshalb vor, wie der ganze Kontinent Afrika noch immer an den Spätfolgen von Sklaverei, Apartheid und moderner Verschuldung leidet, und verlangen die Streichung illegitimer Schulden.

Beteiligung der Schweiz an der Sklaverei

Eine Schweizer Beteiligung an der Sklaverei – das schien lange kein Thema. Zwar gab es einzelne Studien, etwa zu Basel und seinen Beziehungen zu Afrika. Doch erst in den letzten Jahren ist eine Handvoll Bücher erschienen, die sich gezielt mit dem Thema auseinandersetzen. Insbesondere das Werk von Hans Fässler dokumentiert die verschiedenen Formen, mit denen Schweizer von der Sklaverei profitierten: vom direkten Plantagenbesitz etwa in Brasilien über eigene Sklavenschiffe bis hin zur Finanzierung und der ideologischen Zuarbeitung zum Rassismus. Sein Buch nennt, in 19 umfassend recherchierten Ortsterminen, zahlreiche Namen und Adressen.

Hans Fässler: Reise in Schwarz-Weiss. Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei.

Rotpunktverlag: Zürich 2005, 338 Seiten mit vielen Illustrationen, 36.- Fr.

www.louverture.ch

Dieser Text erschien am 28. März 2007 im Zürcher Tages-Anzeiger